

## Politische Rahmenbedingungen von Landnutzungsentscheidungen

*Prof. Dr. Harald Grethe, Humboldt-Universität, Berlin*

- Traditionell waren politische Rahmenbedingungen von Landnutzungsentscheidungen stark von der Agrarpolitik (Bundes- & Länderministerien; Generaldirektion Landwirtschaft der EU) und der Waldpolitik (Bundes- & Länderministerien) geprägt.
- Die Bedeutung von klassischer Agrarpolitik nimmt gegenüber anderen Politikfeldern, die die Landnutzung ebenfalls prägen, seit Jahrzehnten an Bedeutung ab. Hierzu gehören die Klima-, die Umwelt-, die Energie- und die Bioökonomiepolitik.
- Insbesondere einflussreich waren in der jüngeren Vergangenheit Energie/Klima- und umweltpolitische Rahmenbedingungen. Das bietet auch Chancen für die Landwirtschaft:
  - Anreize für Biogas, Biomethan, PV, Wind und Biomasse für die Wärmeproduktion, um THG-Emissionen in den Berichtssektoren Energie und Gebäude zu senken.
  - Anreize für E5 und E10 und demnächst E20 im Verkehr, als Beitrag zu den Klimazielen im THG-Berichtssektor Verkehr.
  - Anreize für die Bereitstellung von Flächen für Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des Naturschutzrechts.
- Agrarpolitik wird in Zukunft insbesondere gegenüber umwelt- und klimapolitischen Rahmenbedingungen an Bedeutung für Landnutzungsentscheidungen weiter abnehmen:
  - Steigende Nachfrage nach Naturschutzflächen (z.B. im Rahmen der Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung).
  - Eine voraussichtlich in den kommenden Jahrzehnten stark zunehmende Nachfrage nach Biomasse für die stoffliche Nutzung (Baumaterialien, Verpackungsmaterialien, chemische Industrie).
  - Eine ggf. weiter steigende Nachfrage für die energetische Nutzung von Biomasse in Kombination mit der Produktion negativer Emissionen (Gebäudemodernisierungsgesetz; Biomethan + CCS).
  - Zunehmend bindende Klimaziele für die Landwirtschaft und den Bereich LULUCF sowie die Weiterentwicklung von klimapolitischen Instrumenten für die Landnutzungssektoren: Bepreisung von Emissionen, Entlohnung von negativen Emissionen und ggf. Einbeziehung der Landwirtschaft in den Emissionshandel.
- Entsprechend schmelzen agrarpolitische Budgets (etwa der GAP) ab und die Gestaltungsfähigkeit der Agrarpolitik nimmt ab. Diese Entwicklung birgt Gefahren, aber auch Chancen.
- In Deutschland wird diese Schwerpunktverschiebung in öffentlichen Budgets sichtbar: Mit dem beim BMUKN angesiedelten Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und seiner Aufstockung im Rahmen des KSP der Bundesregierung stehen erhebliche Budgets für Landeigentümerinnen & -eigentümer sowie Landnutzerinnen & -nutzer zur Verfügung. Vorerst für die Waldpolitik und die Moorwiedervernässung, in Zukunft voraussichtlich aber auch für die Gestaltung von Agroforstsystemen und das Grünlandmanagement.
- Der Bedeutungsverlust der Agrarpolitik und das Abschmelzen der agrarpolitischen Budgets liegen auch daran, dass es der Agrarpolitik weder auf europäischer noch auf nationaler Ebene gelungen ist, die vielfältigen Ansprüche an die Landwirtschaft und die Landnutzung insgesamt überzeugend zu integrieren. Sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen werden von der Agrarpolitik zu wenig in Chancen für Landnutzerinnen und Landnutzer übersetzt und das Potenzial dieser Sektoren, zu gesellschaftlichen Umwelt- und Klimazielen beizutragen, wird nicht ausgeschöpft. Entsprechend werden sowohl der

## 30. HÜLSENBERGER GESPRÄCHE

---

Agrarsektor wie auch die Agrarpolitik kritisiert und es gelingt nicht, langfristig stabile Interessenkoalitionen zwischen Landwirtschaft und Umweltverbänden zu bilden.